

Nachhaltige urbane Mobilität von morgen zwischen Reproduktion und Dekonstruktion von Normen



Der vorliegende Beitrag zeigt, in welcher Weise Vorstellungen und Prozesse einer nachhaltigen urbanen Mobilität von morgen durch soziale und kulturelle Normen geprägt sind. Wir machen deutlich, wie sie zu „Lock-Ins“ im Mobilitätssystem führen und dadurch einen nachhaltigen Wandel behindern. Gleichzeitig fordern neue, globale Umwelt- und Klimanormen diesen Status quo allerdings heraus. Sie legen sowohl Gerechtigkeitskonflikte von als auch Gelegenheitsstrukturen für Transformationsprozesse offen, wie abschließend am Beispiel der Superblocks in Barcelona gezeigt wird.



Nils Stockmann



Antonia Graf

Einleitung

Mobilität in der Stadt von morgen soll gleichzeitig eine sichere, selbstbestimmte, saubere und möglichst auch gesunde Bewegung im Sinne eines sogenannten ‚guten Lebens‘ ermöglichen. Diese Ziele können ohne langes Zögern als breit geteilt beschrieben werden, obwohl feststeht, dass der Transformationsprozess vom Status Quo hin zu einem nachhaltigen urbanen Leben für viele Menschen große Herausforderungen birgt. Insbesondere ein breiter Mobilitätsbegriff, der neben der Fortbewegung im Alltag auch die Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben thematisiert (Sheller 2018), zeigt, dass diese Herausforderungen unter anderem in impliziten und expliziten Normen begründet sind, die unsere Gesellschaft und unser Handeln tief prägen.

Der Aufruf in naher Zukunft auf das (benzinbetriebene) Auto zu ver-

zichten, sei es aus Fragen der Luftqualität, des Flächenverbrauchs oder des Klimaschutzes, stößt auf bemerkenswerten Widerstand. In Diskussionen um Fahrverbote und Tempolimits werden zum Teil ernst zu nehmende Sorgen hinsichtlich einer potenziellen Immobilität und damit verbundener gesellschaftlicher Exklusion geäußert: Mobilität ist demnach eine zentrale *soziale* Größe. Die Beantwortung von Fragen, die Nutzer*innen von Mobilität sich stellen, etwa was sie die Realisierung eines Weges kostet und wie sie diese Bewegungen planen können, sind damit zentral für die Akzeptanz und das Gelingen einer so genannten „Verkehrswende“ (vgl. Sonnenberger et al. 2019).

Zum Teil folgt die Argumentation aber auch der Logik bestehender Wirtschaftsmodelle, Machtstrukturen und Identitäten. Innerhalb gesellschaftlicher Prozesse – sei es durch die Proklamation kultureller Ideale bis hin zu po-

pulistischen Positionen – werden stetig Normen reproduziert, die für das Gelingen einer gerechten und nachhaltigen Mobilitätstransformation eigentlich hinterfragt werden müssten. In der Konsequenz führt dies dazu, dass dem Ziel einer starken Nachhaltigkeit im Mobilitätssektor in politischen und gesellschaftlichen Arrangements eine Stimme fehlt und die normative Agenda von anderen, oftmals ökonomischen Akteuren geprägt wird (vgl. Graf 2016). Advokat*innen eines konsequenten ökologischen Wandels hingegen werden in Gremien, wie etwa der Plattform für E-Mobilität oder der Kohlekommission, nicht in dem Maße gehört, wie es gemäß ihres Expert*innenstatus eigentlich zu erwarten wäre.

Im folgenden Beitrag wollen wir den Versuch unternehmen, diese Herausforderungen auf dem Weg hin zu einer zukünftigen Mobilität näher zu beschreiben. Wir möchten dafür das Argument ausführen, dass es in poli-